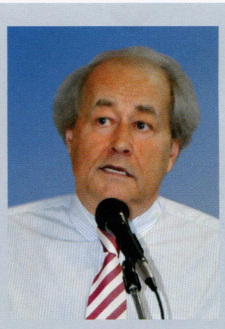
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Transferunion

Erstaunlicherweise scheinen die Entscheider der EU und die Regierungen der Geberländer diese Syriza-Strategie noch nicht zur Kenntnis genommen zu haben. Man beschwert sich zwar mittlerweile über die fehlende Professionalität und Unzuverlässigkeit von Tsipras & Co., verschließt sich aber offensichtlich der Erkenntnis, es hier mit einer marxistisch geprägten Politiker-Kaste zu tun zu haben, die auf verschlungenen Pfaden eine tiefgreifende Umgestaltung Europas zur sozialistischen Transferunion anstrebt. Dafür spricht auch die rhetorische Polemik, die den Geberländern Terrorismus, Erpressung und Demütigung vorwirft. Eine einigermaßen überzeugende Gegenstrategie ist nicht erkennbar. Stattdessen übertrafen sich Eurokraten wie Juncker und Schulz sowie die europäischen Regierungschefs in ritualisierten Bekenntnissen, Griechenland müsse in jedem Fall in der EU und der Euro-Zone bleiben. Verdrängt wurde dabei, dass die griechische Regierung derartige Festlegungen offenbar als willkommene Einladung für weitere Erpressungsversuche und Nötigungen versteht. Dagegen sehen Ökonomen wie der ifo-Chef Hans Werner Sinn im Grexit den einzigen realistischen Weg aus dem Chaos. Die einzige Chance bestehe darin, durch die Abwertung der Drachme die Wettbewerbsfähigkeit des Landes wieder herzustellen.

Unendliche Geschichte

Wie oft haben deutsche Politiker bekundet, die deutschen Kredite und Bürgschaften für Griechenland seien sicher. Mittlerweile stehen etwa 90 Mrd. Euro an deutschen Steuergeldern direkt im Feuer. Grexit-Gegner werden nicht müde, auf die Unvermeidlichkeit einer Verlustrealisierung hinzuweisen. Übersehen wird dabei, dass die Wahrscheinlichkeit einer Rückzahlung ohnehin längst gegen Null tendiert. Für die Bundesregierung käme die Anerkennung dieser Tatsache sicherlich einem finanzpolitischen Offenbarungseid gleich. Dennoch hätten die Bürger für die traurige Wahrheit mit entsprechenden Konsequenzen mehr Verständnis als für eine Fortsetzung der untauglichen Rettungspolitik, die weitere Milliarden im griechischen Fass ohne Boden versenkt. Der IWF hat den zusätzlichen Finanzbedarf Griechenlands allein bis 2018 auf 52 Mrd. EUR geschätzt. In EU-Kreisen werden sogar dreistellige Milliarden-Dimensionen nicht mehr ausgeschlossen. Hier scheint sich eine unendliche Geschichte anzubahnen, die nur noch auf dem Prinzip Hoffnung beruht. Übrigens: Bei der Verabschiedung des ersten Hilfspakets für Griechenland hatte Jean-Claude Juncker noch vollmundig erklärt: „Ich bin davon überzeugt, dass Griechenland diese Hilfe nie wird in Anspruch nehmen müssen, weil das griechische Konsolidierungsprogramm im höchsten Maße glaubwürdig ist."

Lehren aus der Krise

Angesichts der zunehmenden Ratlosigkeit befasst sich das „Handelsblatt" mit der Frage, welche Schlüsse aus der Griechenland-Krise zu ziehen sind. Die Zeitung schreibt: „Nicht der Ausstieg Griechenlands aus der Währungsunion gefährdet das europäische Projekt. Die eigentliche Gefahr für Europa ist eine Politik, die die historisch gewachsene Wirklichkeit ihren geschichtsvergessenen Illusionen unterwerfen will. Was finanzpolitisch nicht zusammengehört, wächst nicht zusammen, auch wenn die Regierungschefs, die EZB, der Europäische Rat und die Europäische Kommission es beschließen. Was uns jetzt bevorsteht, ist keine Katastrophe für Europa. Was nun bevorsteht, ist die Korrektur eines grundlegenden Fehlers, begangen im Machbarkeitswahn einer Politikergeneration, die über ökonomische und kulturelle Wirklichkeiten hinwegregieren zu können glaubte. Wenn wir die richtigen Lehren aus dem Scheitern der Währungsunion ziehen, wird Europa weder schwächer noch stärker, aber hoffentlich klüger sein als bisher. Die an das Fortschrittspathos des real existierenden Sozialismus erinnernde Forderung des EU-Vertrages nach einem ‚Prozess der immer engeren Union der Völker Europas' muss angesichts des griechischen Scheiterns relativiert werden."

„Menschenhass"

Beim Zagreber „Subversive Festival" im Mai 2013 hat der frühere griechische Finanzminister – damals noch nicht im Amt – entlarvende Einblicke in sein späteres Polit-Drehbuch gegeben. Varoufakis führte aus: „Der effektivste und radikalste politische Schritt wäre, wenn die griechische Regierung in der Eurogruppe aufsteht und sagt: ‚Leute, wir sind zahlungsunfähig'. Wir sollten die Milliarden, die wir angeblich der europäischen Zentralbank schulden, nicht zurückzahlen". Die Rettungspolitik sei „idiotisch" und der „Inbegriff von Menschenhass". Der Spieltheoretiker erklärte weiter: „Aber warum für das Nein zur Rettungspolitik den Euro verlassen? Denn in dem Moment, in dem der griechische Premierminister den Bankrott in der Eurozone erklärt, bricht die Hölle aus. Und entweder federn sie das ab oder der Euro wird ohnehin sterben und dann können wir zur Drachme gehen." Mit anderen Worten: Die Tsipras-Regierung will einen Schuldenschnitt erzwingen und gleichwohl (zunächst) Mitglied der Eurozone bleiben. Ein strenges Reform- und Sparpaket – als Gegenleistung für finanzielle Unterstützung der maroden griechischen Wirtschaft – aber lehnen die Linkspopulisten ab. Sie wollen von den Vorteilen der Mitgliedschaft in EU und Eurozone profitieren (Fördermittel, stabile Währung), die vermeintlichen Nachteile (Solidarität für Solidität, Einhaltung der Maastricht-Kriterien) aber umschiffen. Oder wie die litauische Ministerpräsidentin kürzlich sagte: „Wir sehen ein Land, das schlemmen will und sich von anderen die Party bezahlen lassen möchte."